

VI. Deutsche Umweltinstitutionen

Bettina Hedden-Dunkhorst, Beate Jessel & Christiane Schell

Globale Umweltpolitik und das Bundesamt für Naturschutz

Die letzten Jahrzehnte zeigen eine zunehmende Integration globaler umwelt- und entwicklungspolitischer Konzepte und Strategien. Das Bundesamt für Naturschutz unterstützt diese Entwicklungen im Rahmen seiner internationalen Zusammenarbeit. Im Vordergrund steht dabei die Umsetzung globaler Konventionen zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung von Biodiversität und Ökosystemleistungen mit Hilfe von Partnerschaften und Netzwerken.

Internationale umwelt- und naturschutzpolitische Meilensteine

Der Schutz natürlicher Lebensräume und Arten war ein wesentlicher Auslöser erster umweltpolitischer Maßnahmen von internationaler Bedeutung. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts entstanden parallel in den USA und Europa erste Bewegungen zur Ausweisung von Schutzgebieten. Während in den USA der Erhalt von Wildnisgebieten von zentraler Bedeutung war, stand im dicht besiedelten Mitteleuropa der Schutz von Kulturlandschaften und Naturdenkmälern im Vordergrund. Zum Artenschutz wurde 1931 ein erstes internationales Abkommen zur Regelung des Walfangs verabschiedet. Der uneingeschränkte Walfang sowohl im Atlantik als auch im Pazifik hatte seit Mitte des 19. Jahrhunderts zu einer drastischen Verringerung der Walbestände geführt.

In den 1960er und 1970er Jahren spitzten sich in den Industrienationen die Umweltprobleme mancherorts dramatisch zu. Als zunehmend umweltbedingte Gesundheitsprobleme offenkundig wurden, reagierte die Politik. Im Juni 1972 fand in Stockholm die erste Umweltkonferenz der Vereinten Nationen mit Vertretern aus 113 Staaten statt; im gleichen Jahr wurde das Umweltprogramm (UNEP) gegründet. Parallel dazu entwickelten sich im Naturschutz seit Beginn der 1970er Jahre eine Reihe von internationalen Abkommen, die sich meist auf spezifische Lebensräume bzw. Artengruppen bezogen, z. B. das Übereinkommen über Feuchtgebiete von internationaler Bedeutung (Ramsar-Konvention) oder das Übereinkommen über den internationalen Han-